

Beilage 416/2011 zu den Wortprotokollen des Oö. Landtags XXVII. Gesetzgebungsperiode

Initiativantrag

der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten betreffend die Verhinderung des Europäischen Stabilitätsmechanismus

Gemäß § 25 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, dass

- 1) auf nationaler und internationaler Ebene alle notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, um die Einführung des Europäischen Stabilitätsmechanismus und die damit einhergehende Einführung einer Transferunion zu verhindern;
- 2) alle notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, um sicher zu stellen, dass jede grundlegende Änderung der EU-Verfassung einer Volksabstimmung in Österreich unterzogen wird. Dies gilt insbesondere für die Einführung des Europäischen Stabilitätsmechanismus.

Begründung

Vor dem Hintergrund der Finanzkrise und der drohenden Staatspleiten in Griechenland, Irland und Portugal, und künftig vielleicht auch in Italien und Spanien, hat die politische Führung der Europäischen Union vor etwa einem Jahr zunächst ein Griechenland-Rettungspaket und in weiterer Folge einen so genannten Euro-Rettungsschirm beschlossen. Beide Maßnahmen, die rund 750 Milliarden Euro an Bürgschaften und tatsächlich gezahlten Steuermilliarden ausmachen, werden zu Recht von zahlreichen Experten zum einen als rechtswidrig und zum anderen auch in der Sache als grundlegend falsch erachtet.

Der beschlossene Euro-Rettungsschirm war nur befristet bis 2012 geplant gewesen. Aufgrund der wirtschaftlichen und politischen Fehlentwicklungen in den genannten Ländern hat sich dieser jedoch als nicht ausreichend erwiesen. Daher hat man auf europäischer Ebene festgelegt, unter dem Namen "Europäischer Stabilitätsmechanismus" (ESM) einen zusätzlichen und dauerhaften Euro-Rettungsschirm einzurichten. Dazu hat man unter dem Titel "Pakt für den Euro" eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, die den Euro stabilisieren sollen. Der neue Stabilitätsmechanismus (ESM) soll ab 2013 eingerichtet werden und mit einer Kapitalbasis von 700 Milliarden Euro ausgestattet sein. Das Grundkapital soll 80 Milliarden Euro betragen, weitere 620 Milliarden Euro sollen an Garantien dazu kommen. Österreich wird 2,2 Milliarden Euro zum Grundkapital und 17,3 Milliarden Euro an Garantien beisteuern. Das Geld soll finanzschwache

Euro-Staaten vor dem Bankrott retten, indem im Rahmen des Rettungsschirms Staatsanleihen von diesen Staaten gekauft werden. Die Europäische Zentralbank (EZB) betreibt dies bereits seit einem Jahr. Das bedeutet aber, dass diese Staatsanleihen nicht mehr richtig bewertet werden und damit das finanzielle Risiko für die EZB und für den neuen Euro-Rettungsschirm unkalkulierbar wird. Dazu kommt, dass nur der Europäische Rat darüber entscheidet, wer Hilfe bekommt und wer nicht. Im "Pakt für den Euro" verpflichten sich die Euro-Länder zu einer strengen Haushalts-, Steuer- und Sozialpolitik. Ziel ist unter anderem, dass sich die Löhne nach der Produktivität und das Pensionseintrittsalter nach der Lebenserwartung orientieren. Der Finanzsektor soll besser überwacht werden. Jedoch gibt es zum einen keine Sanktionen, wenn Verfehlungen auftreten, zum anderen ist es ein weiterer Schritt in Richtung zentralistischer Wirtschaftsregierung in Brüssel.

Grundlegend ist festzuhalten, dass mit der Beschlussfassung dieses Europäischen Stabilitätsmechanismus und den damit einhergehenden Maßnahmen die Europäische Union zur Transferunion wird, in der die gut wirtschaftenden Staaten wie Deutschland oder Österreich schlecht wirtschaftenden Euro-Ländern ihre Misswirtschaft mit Milliarden-Zahlungen weiterhin ermöglichen müssen.

Unabhängige Experten kritisieren diese Vorgänge scharf. Prof. Hans-Werner Sinn, Präsident des Münchner IFO-Instituts für Wirtschaftsforschung, sagt etwa in der Süddeutschen Zeitung vom 2./3. März 2011: *"Der Rettungsschirm rettet den Euro nicht – aber er lastet Deutschland ungeheure Risiken auf. Die Höhe der Haftung übersteigt die schlimmste Ahnung der Öffentlichkeit...Das Rettungssystem ist vielmehr eine tickende Zeitbombe...Der Pakt für den Euro und der sogenannte Europäische Stabilitätsmechanismus aber schwächen den Euro, unterminieren den Zusammenhalt Europas und gefährden das europäische Einigungswerk".*

Das Ende und die Auswirkung der Milliarden-Geldspritzen für Deutschland und gleichgeltend auch für Österreich sind also nicht abzuschätzen. Schon jetzt hat Österreich "echte" Geldflüsse in der Größenordnung von acht Milliarden Euro zu bewältigen, rechnet man die Griechenlandhilfe, den ersten Euro-Rettungsschirm und den kommenden ESM zusammen. Deshalb drohen weitere gravierende finanzielle Einschnitte in das österreichische Sozial- und Pensionssystem, in den österreichischen Bildungsapparat oder in die Infrastruktur.

Die Einführung des Europäischen Stabilitätsmechanismus stellt auch eine grundlegende Änderung des EU-Rechts dar. Trotz der Ankündigung von Bundeskanzler Werner Faymann, sämtliche grundlegende Änderungen des EU-Rechtes in Österreich einer Volksabstimmung zu unterziehen, soll der ESM nur im Nationalrat - also ohne den Volkswillen zu berücksichtigen - beschlossen werden.

Linz, am 06. Juni 2011

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Klinger, Wall, Povysil, Steinkellner, Schießl, Nerat, Cramer, Mahr, Lackner